

Jüdische Organisationen in der Schweiz schweigen zu Israels Wahlen – auf Nachfrage von *tachles* äussern sie mit Blick auf eine rechtsnationale Regierung Bedenken

In der Diaspora steht viel auf dem Spiel

ROBERT DOEPGEN

Binyamin Netanyahu muss in diesen Wochen eine Regierungskoalition bilden. Gewonnen hat er dank rechtsextremer Parteien, die grundlegende liberale Werte bekämpfen: Gleichberechtigung für alle, Todesstrafen, Änderung des Justizsystems stehen unter anderem zur Disposition. Insbesondere die arabische Gesellschaft in Israel, Liberaldemokraten, Säkulare, und die LGBT-Gemeinschaft sehen sich in Israel als Minderheiten bedroht. Wo sozialdemokratische oder linke Parteien in den Wahlen verloren haben, konnten nationalreligiöse Parteien in den Parlamentswahlen mit teils rassistischen Positionen viele Stimmen dazugewinnen. Dass Netanyahu das politische Comeback gelungen ist, verdankt er insbesondere einem Mann, dem Rechtsausser-Politiker Itamar Ben-Gvir, den man ungestraft einen Rassisten nennen darf. Obwohl sich seine öffentliche Rhetorik etwas gewandelt hat, hetzte er mehrfach gegen Araber. Normalerweise werden rassistische Positionen von jüdischen Organisationen und Verbänden ausserhalb Israels in nicht israelischem Rahmen sofort attackiert. Allerdings hat sich seit der Wahl keine jüdische Organisation aus der Schweiz öffentlich in den Diskurs um eine neue mögliche, rechte Regierung in Israel eingebracht – wie es sonst zu erwarten wäre. Da hat *tachles* nachgefragt. Familiäre Beziehungen nach Israel, und nicht zuletzt wirtschaftliche Abhängigkeiten stehen auf dem Spiel.

«Bekenntnis zu den Institutionen»

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) warnt in der Schweiz rasch bei Rassismus, Antisemitismus oder Extremismus. Erst auf Anfrage von *tachles* äusserte deren Generalsekretär Jonathan Kreutner angesichts einer möglichen ideologischen Spaltung der israelischen Bevölkerung Bedenken: «Wir vertreten eine politisch heterogene Gemeinschaft, die aber sehr stark mit Israel verbunden ist. Die Gräben, die sich durch die israelische Gesellschaft ziehen, machen uns tatsächlich Sorgen.» Laut dem Generalsekretär sollten die Politikerinnen und Politiker Israels am «Bekenntnis

zu den Institutionen des Staates» gemessen werden. So seien etwa eine unabhängige Justiz und eine offene, pluralistische Gesellschaft Israels zentrale Elemente. Nun wolle man dieses Bekenntnis auch bei der neuen Regierung «eng beobachten» und wünsche sich ein «Aufeinanderzugehen der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen». Für die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz (PLJS) dienen die Grundsätze «der israelischen Unabhängigkeitserklärung als Grundlage für die rechtsstaatlich-demokratische Ordnung und die Gleichberechtigung aller Israelis» als Wertebasis. «Die PLJS betreibt keine Israel-Politik!», betont Co-Präsident Peter Jossi, ergänzt jedoch: «Wir unterstützen die Forderungen unserer Schwesterorganisation, der liberal-progressiven jüdischen Bewegung in Israel (IMPJ), nach einer vollständigen Gleichberechtigung in allen liturgischen, halachischen und gesellschaftlichen Belangen.» Aufgrund der kurzen Regierungszeit des letzten Regierungsbündnisses seien noch viele Projekte ein «Work in progress». Nun wolle man die zu erwartende neu-alte Regierungskoalition an der Umsetzung dieser Forderungen und Werte messen.

In der Diaspora Haltung zeigen

Der New Israel Fund (NIF) ist sich in einer Stellungnahme sicher: «So stark auch das politische System das Leben in Israel prägt, es ist nicht der einzige Faktor.» Es gebe trotz rechtsradikaler Positionen in Israel «immer noch eine beträchtliche demokratische Kraft, die für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Gleichheit kämpft.» Auch aus diesem Grund werde der NIF weiter seine Fundraising-Aktivität in- und ausserhalb Israels weiter vorantreiben. Als Co-Präsident des

NIF führte Jaron Bernstein gegenüber *tachles* aus: «Der New Israel Fund arbeitet seit Jahrzehnten mit Regierungen zusammen, die andere Werte haben. Grosse Erfolge der Zivilgesellschaft sind durch die Zusammenarbeit mit Regierungen entstanden, die uns dazu zwangen, in möglichst breiten Koalitionen zu arbeiten.» Für ihn und den NIF ist klar, dass nun Jüdinnen und Juden in der Diaspora Haltung zeigen werden: «Wir haben bei uns einen Platz für alle, die sich für den demokratischen Charakter des Landes einsetzen. Wir sind überzeugt, dass sich besonders nach diesen Wahlergebnissen Israelis und Juden aus der Diaspora zusammen stärker für ihre gemeinsame Werte engagieren.»

Beziehungen weiterführen

Bei den Mitgliedern der Gesellschaft Schweiz-Israel sei der Ausgang der Parlamentswahlen unterschiedlich aufgenommen worden. Laut Zentralpräsidentin Corina Eichenberger-Walther herrscht jedoch Einigkeit darüber, dass die rassistischen Aussagen des Parteiführers von Otzma Jehudit eine «Belastung für Israels Bild in der Welt» darstellen. Aus diesem Grund gelte es festzuhalten, «dass er mit sechs Mandaten in der Knesseth nur fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte». Dennoch gelte für die Gesellschaft das Ziel, die Arbeit zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel wie gehabt weiterzuführen. Von einem Abbruch der Beziehungen von Vereinen und Organisationen aus der Schweizer Diaspora nach Israel kann also auf keinen Fall die Rede sein. Wie sich diese nach den Koalitionsverhandlungen arrangieren werden, bleibt hingegen abzuwarten. ●

«Die Gräben, die sich durch die israelische Gesellschaft ziehen, machen uns tatsächlich Sorgen.»